

18. August 2023

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit, Herrn Dr. Heinz-Josef Sökeland
- per Mail an das Büro des Kreistages -

nachrichtlich an Herrn Landrat Sven-Georg Adenauer
- per E-Mail an das Büro des Kreistages -

Anfrage zur Übertragung des Rettungsdienstes der Stadt Rheda-Wiedenbrück auf den Kreis Gütersloh mit der Bitte um Beantwortung im Ausschuss für Gesundheit am 13.09.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Sökeland, sehr geehrter Herr Landrat,

in seiner Sitzung vom 19.06.2023 hat der Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück beschließt, die Trägerschaft für die Rettungswache schnellstmöglich aufzugeben. Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich mit dem Kreis Gütersloh die dazu notwendigen rechtlichen Schritte vorzubereiten und umzusetzen. Die neuen Erkenntnisse sind dem Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück am 31.08.2023 vorzulegen.

Zu diesem Themenkomplex stellt die FDP-Kreistagsfraktion folgende Fragen:

1. Welchen Status haben die Gespräche zwischen der Stadtverwaltung Rheda-Wiedenbrück und der Verwaltung des Kreises Gütersloh zwischenzeitlich erreicht?
2. Wie sieht der konkrete Zeitplan zur Übertragung des Rettungsdienstes an den Kreis aus?

Das Deutsche Rote Kreuz hat am 05.07. ein Positionspapier zum Rettungsdienst in Rheda-Wiedenbrück veröffentlicht. Darin wird die enge Kooperation zwischen der Stadt und dem DRK in diesem Bereich über die zurückliegenden Jahre dargestellt. Ebenso legt das DRK dar, dass – vor allem auch vor den Hintergrund der in 2027 in Kraft tretenden Änderungen im NRW-Notfallsanitätäergesetz – eine Fortführung der Arbeit des DRK in Rheda-Wiedenbrück dringend angebracht ist. Die FDP-Fraktion teilt diese Haltung vollumfänglich und unterstützt die Forderungen des DRK. Dazu stellen wir folgende Fragen:

3. Wie plant die Kreisverwaltung, das DRK in die zukünftige Organisation des Rettungsdienstes in Rheda-Wiedenbrück einzubringen?
4. Welchen Status haben die entsprechenden Gespräche?
5. Gibt es vor dem Hintergrund der sich verändernden rechtlichen Ausgangslage Planungen innerhalb der Kreisverwaltung, anerkannte Hilfsorganisationen zukünftig generell in die kreisweite Struktur des Rettungsdienstes einzubinden? Wie sehen diese Planungen aus?

Für die Beantwortung bedanken wir uns bereits im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Baumgart
(Fraktionsvorsitzender)